

Der lange Schatten von 1948

Die umkämpfte Geschichte Israels und Palästinas

17. Mai 2018



© Karolin Pernegger

Herausgeber:

Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)

Möllwaldplatz 5/3, 1040 Vienna, www.vidc.org

Verfasser: Henrik Feindt

Redaktion: Helmut Krieger, Magda Seewald

Copyright Fotos: Karolin Pernegger

Veröffentlichung gemäß §25 des Mediengesetzes mit Novelle 2005 der Republik Österreich.

Copyright: Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien. Hauptgegenstand: Diskussionspapers zur Entwicklungspolitik, internationaler Zusammenarbeit und kulturellem Austausch zwischen Nord und Süd sowie Anti-Rassismus-Kampagnen.

Die hier dargestellten Meinungen sind die der Podiumsteilnehmer_innen und Besucher_innen, die sich nicht mit der Meinung des VIDC und der Redaktion decken müssen.

Bericht

Zwei Ereignisse dominierten die Medien in den Tagen und Wochen vor der Diskussionsrunde „Der lange Schatten von 1948. Die umkämpfte Geschichte Israels und Palästinas“: Zum einen die Feiern zum 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels. Zum anderen Proteste zum 70. Jahrestag der Nakba (arabisch für Katastrophe), der Flucht und/oder Vertreibung von 750.000 Palästinenser_innen im Zuge eben jener Staatsgründung. Die Ereignisse von 1948 sind also zentral für das Verstehen des aktuellen Konflikts und damit auch für dessen Lösung. Wie gehen politische Aktivist_innen heute damit um? Wie lesen sie ihre Geschichte, um sie weiterschreiben zu können?

Magda Seewald wies in ihren einleitenden Worten darauf hin, dass beide Ereignisse, die Feiern zur Staatsgründung und die Proteste in Gaza, von den Medien selten in Verbindung gebracht würden. Und das obwohl die Protestierenden dabei ein Recht auf Rückkehr gefordert hätten – Rückkehr in die Dörfer und Städte aus denen sie 1948 vertrieben worden seien. Ein Recht also, das ihnen seit 70 Jahren verwehrt würde. Gleichzeitig würden die Enteignungen und Vertreibungen weitergehen, etwa im Zuge der israelischen Siedlungspolitik. Die Diskussionsrunde solle daher einen Eindruck davon vermitteln, wie israelische und palästinensische Aktivist_innen in Israel mit dieser Geschichte umgehen.



Die besondere politische Brisanz der Proteste hob **Helmut Krieger** hervor: Sie seien ein fundamentaler Bruch mit den Parametern der Oslo Abkommen. In diesen Abkommen wäre die Nakba systematisch ignoriert worden – von allen Seiten. Der daran anschließende Prozess von Verhandlungen sei, so die Einschätzung Kriegers, relativ fruchtlos verlaufen. Dass nun die Proteste nicht nur ein Ende der Belagerung von Gaza forderten, sondern gerade auch ein Recht auf Rückkehr, stelle eine gänzlich andere Form der politischen Auseinandersetzungen dar, denn es stelle einen grundlegenden Konfliktpunkt wieder ins Zentrum: der Umgang mit der Nakba.

Hazar Hijazi, Therapeutin bei der Initiative Falastinyyat (dt. „Palästinenserinnen“), zeigte den persönlichen Umgang mit Erinnerung am Beispiel der Geschichte einer palästinensischen Frau, die die Vertreibung von 1948 selbst miterlebt hat. Falastinyyat sei eine Bewegung, die solche Geschichten erzähle, um die Öffentlichkeit auf sie aufmerksam zu machen, aber auch, um damit eine palästinensische Identität zu rekonstruieren. Denn gerade über die Nakba sei viel zu lange geschwiegen worden.

Die Geschichte, die sie dann erzählte, handelte vom Dorf Tantura, 20 km südlich von Haifa an der Mittelmeerküste gelegen. Hier hätten 1948 ca. 1.400 Menschen hauptsächlich von Fischfang und

Landwirtschaft gelebt, es habe eine regionale Schule und einen lebendigen Hafen gegeben. Die Protagonistin der Geschichte, Rasheeda Ayoub A'mar, sei 1930 in Tantura geboren worden, wäre hier, wie ihre zwei Brüder und ihre Schwester, zur Schule gegangen und habe geheiratet. Am 22. Mai 1948 sei es jedoch zu einem Massaker an der Bevölkerung gekommen.



Hazar Hijazi berichtete nun davon, wie ihr diese Geschichte von Rasheeda Ayoub A'mar erzählt worden sei. Sie habe gesagt, dass sie noch immer die Bilder genauso im Kopf habe, als wäre alles erst gestern geschehen: Sie erinnere sich, wie Frauen und Männer getrennt worden wären. Sie erinnere sich, wie ihr Mann der erste gewesen sei, der als Märtyrer habe sterben müssen. Sie erinnere sich an die Morde, die Massengräber, das kaltblütige Tö-

ten von Jungen und Alten. Dann seien Soldatinnen gekommen, um den Frauen den Schmuck zu stehlen. Sie erinnere sich an die Rufe auf Hebräisch „Raus mit euch!“. Sie erinnere sich an den Geruch des Todes. Als alles vorbei gewesen sei, hätte man die Überlebenden ohne Hab und Gut in ein Nachbardorf vertrieben. Dort hätten sie zwei Wochen hungernd gewartet. Dann seien Busse gekommen, die sie nach Jordanien bringen sollten, und sie und ihre Familie seien vor Angst und Hunger eingestiegen. Sie werde all dies nie vergessen. Mit keiner Religion, weder dem Judentum, noch dem Islam, noch dem Christentum sei zu rechtfertigen, was hier geschehen sei.

Wenn ihr solche Geschichten erzählt würden, sagte Hijazi, fühle sie sich taub. Obwohl sie als Therapeutin und politische Aktivistin häufig mit solchen Geschichten konfrontiert würde. Und obwohl sie zum Zeitpunkt der Nakba noch nicht geboren worden sei, habe sie seit ihrer Kindheit ein Gefühl des Verlustes begleitet. Dass die Nakba zudem immer weiter fortgeschrieben wird durch weitergehende Beraubung von Land, Heimat, Kultur und Erbe von Palästinenser_innen, komme einer konstanten emotionalen Katastrophe gleich. Dies habe sie inspiriert sich politisch zu betätigen, um diesen Angriffen auf sie und ihre Menschlichkeit entgegenzuwirken.

Geschichten wie die von Rasheeda Ayoub A'mar zu hören, mache uns alle Zeug_innen der tiefen, menschlichen Erfahrung, die sie habe machen müssen. Diese Geschichten zu teilen helfe außerdem, sie zu verarbeiten. Über das Dorf Tantura zum Beispiel sei 50 Jahre lang geschwiegen worden. Es sei wichtig, dieses Schweigen endlich zu brechen. Hijazis Initiative Falastinyyat organisiere seit einigen Jahren Gedenkveranstaltungen, um die Erinnerung an die Nakba öffentlich zu machen. Die Teilnahme vieler Menschen daran sei ein Beweis dafür, dass die Menschen Gewalt und Kolonialismus ablehnen. Es zeige die Solidarität und Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung und sei eine Mahnung an die Kolonisierer_innen, dass sie für ihre unmoralischen und unmenschlichen Aggressionen zur Verantwortung gezogen werden können.



Eine andere Initiative stellte dann **Tom Pessah** (israelischer Soziologe und Aktivist) vor: Zochrot (Hebräisch für „Erinnerung“) arbeite seit 2002 daran, öffentliche Debatten über die Nakba anzuregen und richte sich dabei vor allem an jüdische Israel_innen. Gleichzeitig vermittele Zochrot auch seine Vision von einer politischen Lösung, nämlich die Rückkehr der vertriebenen Palästinenser_innen in ihre Heimatorte. Er hielt einleitend fest, dass die Nakba kein Nebenprodukt des Krie-

ges zu dieser Zeit gewesen sei, wie es in Israel oft behauptet würde. Es habe in der Region immer wieder Kriege gegeben und nie sei es zu einer solch massiven Zerstörung und Vertreibung gekommen. Dies könne nur im Kontext des Zionismus verstanden werden: Es habe ein konkretes Interesse daran bestanden, die Bevölkerung zu vertreiben. Die Nakba sei daher ein Produkt gezielter Kolonisation, die bis heute andauere.

Dafür spricht auch, dass viele der verlassenen Häuser zerstört wurden. Allerdings nicht während der Kriegereignisse, sondern in mehreren Wellen danach, so etwa auch nach 1967. Dann nämlich, wenn israelische Regierungen jeweils Angst vor einer tatsächlichen Rückkehr der Palästinenser_innen gehabt hätten. Oft seien auch die Namen von Orten geändert worden, um eine Kontinuität israelischer Besiedlung zu symbolisieren. In Israel würde, so Pessah weiter, Schüler_innen eine verzerrte Geschichte des Landes vermittelt: Es werde davon gesprochen, dass in biblischen Zeiten Jüdinnen und Juden dort gelebt hätten und dass sie im 19. Jahrhundert dorthin zurückgekehrt seien. Alles dazwischen würde weitgehend ignoriert.

Das Recht auf Rückkehr sei in internationalem Recht verankert, so etwa in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen. Es gäbe auch Resolutionen der Vereinten Nationen, die es den Palästinenser_innen explizit gestatten würden zurückzukehren. Dabei sei wichtig nicht zu vergessen, dass es um das Recht auf die Rückkehr in die Heimatorte gehe und nicht lediglich etwa in einen palästinensischen Staat. Denn palästinensische Identitäten vor 1948 seien stark mit den jeweiligen Orten verbunden gewesen. Das Recht auf Rückkehr umzusetzen sei dabei durchaus möglich: 80% der Orte seien bis heute unbewohnt. Selbst wenn Gebiete bewohnt seien, sei es problemlos möglich, dass sie in Zukunft von sowohl Jüdinnen und Juden als auch Palästinenser_innen bewohnt würden. Und auch für die seltenen Fälle, in denen die tatsächlichen Häuser noch stünden und nun von Jüdinnen und Juden bewohnt würden, hätte Zochrot gemeinsam mit anderen Organisationen Verfahren entwickelt, die auch hier Lösungen ermöglichen würden.

Dennoch sei das Recht auf Rückkehr von bislang jeder israelischen Regierung abgelehnt worden. Für die meisten Israelis sei seine Umsetzung schwer vorstellbar. Es gäbe schlicht eine Vorstellungslücke, wie es Pessah ausdrückte. Dies würde auch mit dem fehlenden internationalen Druck und dem aktuellen politischen Rechtsruck der israelischen Gesellschaft zusammenhängen. Gleichzeitig gäbe es aber seit etwa den 1990er Jahren vermehrt palästinensischen Aktivismus in Israel für das Recht auf Rückkehr. 2018 seien es 40.000 Menschen gewesen, die an einer Demonstration in ein

zerstörtes Dorf teilgenommen hätten, um auf das Thema aufmerksam zu machen. Dies sei eine enorm große Zahl für ein recht kleines Land wie Israel. Auch gäbe es Historiker_innen, die die Geschehnisse aufarbeiten.

Und dann gäbe es natürlich Organisationen wie Zochrot. Zochrot organisiere seit 2002 Konferenzen, Ausstellungen, Filmfestivals, produziere Informationsbroschüren, eine Website und eine App, die historische Informationen zum aktuellen Standort biete, Brettspiele, Unterrichtsmaterialien und veranstalte Touren durch zerstörte Ortschaften, in denen Vertriebene erzählen würden, wie es einmal ausgesehen habe. Obgleich die Mitarbeiter_innen von Zochrot als israelische Jüdinnen und Juden politisch noch verhältnismäßig frei agieren könnten, verglichen mit Kolleg_innen aus palästinensischen Organisationen, sei auch Zochrot immer wieder Druck seitens der Regierung ausgesetzt. Ein Gesetz von 2011 etwa würde staatliche Gelder jenen Organisationen verwehren, die öffentliche Gedenkveranstaltungen für die Nakba organisierten. Ein weiteres Gesetz von 2016 verpflichte Organisationen ausländische Finanzierung offenzulegen. Dies, gemeinsam mit direktem Druck der Regierung auf die Inhaber_innen der Lokalitäten in denen Zochrot Veranstaltungen abhalte, erzeuge ein Klima der Angst, in dem Menschen davor zurückschrecken würden, sich politisch zu diesem Thema zu äußern. Gleichzeitig, merkte er augenzwinkernd an, habe selbst das noch seine Vorteile, denn jeder Versuch der Zensur erzeuge auch eine Öffentlichkeit für die eigene Sache.



Vom öffentlichen Diskurs über Palästina seien in Israel lebende Palästinenser_innen häufig ausgeschlossen und würden sich auch selbst oft ausschließen. Ihre politischen Belange würden als Israel-intern angesehen. **Nidaa' Nassar** (Direktorin von „Baladna – Arab Youth Association“) wolle daher an Beispielen der alltäglichen politischen Situation dieser Menschen zeigen, dass sie integraler Bestandteil des palästinensischen Befreiungskampfes seien.

Wichtig dafür sei zu verstehen, dass für Palästinenser_innen Flucht ein Zentralthema sei: 75% der palästinensischen Bevölkerung seien Flüchtlinge; 5,5 Millionen von ihnen würden über die ganze Welt verteilt leben. Auch von den Palästinenser_innen, die in Israel leben würden, wären 25% intern Vertriebene. Oft würden sie keine fünf Minuten von ihrem Heimatort entfernt leben, es sei ihnen aber nicht gestattet dorthin zurückzukehren. Denn dann würde Israel nicht nur ihr Recht auf Rückkehr anerkennen, sondern auch die Nakba selbst. Auch Nassar betonte wieder, dass die Ursachen der Nakba immer noch andauern und immer noch in ähnlicher Weise zu Vertreibung führen. Die daraus resultierende Fragmentierung der palästinensischen Gesellschaft mache es notwendig, die politische Situation der Palästinenser_innen immer mit der Nakba zu verknüpfen. Ansonsten würde es Israel gelingen, die Palästinenser_innen auch weiterhin zu fragmentieren und eine gemeinsame politische Basis zu verhindern.

Nassar gab dann einige Beispiele dafür, was palästinensischer politischer Aktivismus in Israel heute bedeute. Zunächst müsse bedacht werden, dass palästinensische Israel_innen den jüdischen Isra-

el_innen nicht gleichgestellt seien. Sie hätten zwar ebenso wie diese die israelische Staatsbürgerschaft, aber ihre Rechte und Pflichten würden vielmehr über die Ethnizität bestimmt. Selbst in der Knesset, dem israelischen Parlament, vertretene palästinensische Parteien seien den jüdischen nicht gleichgestellt. Eine solche demokratische Gleichstellung würde zwar von palästinensischer Seite immer wieder gefordert, aber von Israel abgelehnt. Eine gleichberechtigte Integration würde so von vornherein verhindert.



Als Beispiel dafür führte sie dann die Frage nach palästinensischer Identität an. Auch Nasser hielt erneut fest, dass palästinensischen Jugendlichen in israelischen Schulen eine verzerrte Version der Geschichte des Landes gelehrt würde: Vor 1948 hätten Palästinenser_innen dort in der Wüste gelebt, es habe aber keine Nation, keine Gesellschaft und auch keine entsprechende Geschichte gegeben. Dann sei Israel gekommen und habe alles modernisiert, Institutionen aufgebaut und nun komme jede und jeder in den Genuss eines demokratischen Staates. Die Palästinenser_innen sollten, beschrieb Nasser diese Vorstellung, also dankbar sein, überhaupt Rechte vom israelischen Staat zugeschrieben bekommen zu haben, da sie ansonsten minderwertig seien. Da viele durch eine solche Schulbildung sich dann ihrer Geschichte nicht mehr bewusst seien, entstehe oft die Vorstellung, sich nur noch mehr in die israelische Gesellschaft integrieren zu müssen, um so mehr Rechte von den Unterdrückter_innen zu bekommen. Dies schränke, ähnlich wie Tom Pessah es schon beschrieben hatte, die politische Betätigung von Palästinenser_innen ein, aus Angst, dass ihnen dadurch Rechte verwehrt werden könnten. Gleichzeitig sei eine vollständige Integration aber ja gar nicht von Israel gewollt und ermöglicht, wie oben geschildert.

Eine weitere zentrale Frage sei die des Landes. 20% der israelischen Bevölkerung seien Palästinenser_innen. Ihnen gehöre aber nur 2% des Landes. Bei Israels Vertreibungspolitik gehe es dabei genauso sehr um Land, wie um die demographische Verteilung der Bevölkerung. Israel erhebe sehr genaue Zahlen darüber, wie viele jüdische und arabische Menschen in jedem Gebiet leben würden. Falls Israel dann eine Konzentration von arabischen Menschen in einem bestimmten Gebiet feststelle, würde es beginnen das Land zu konfiszieren und Siedlungen zu bauen. So würde Israel etwa immer wieder versuchen, 38 Dörfer in der an-Naqb (Negev) Wüste aufzulösen und die dort lebenden Palästinenser_innen in anderen Dörfern anzusiedeln. Während dies bislang durch Proteste habe verhindert werden können, würde Israel dies dennoch immer weiter versuchen.

Es sei daher zentral, die Politik der Palästinenser_innen in Israel nicht nur als eine Minderheitenpolitik in diesem Land zu verstehen. Selbst wenn sie die israelische Staatsbürgerschaft hätten, würde die zionistische Ideologie dazu führen, dass sie von Israel nicht als Bürger_innen, sondern nur als Palästinenser_innen wahrgenommen würden und zudem dadurch als Menschen, die es nicht verdienen würden, in diesem Land zu leben. Die in Israel lebenden Palästinenser_innen seien daher

integraler Teil des größeren palästinensischen Befreiungskampfes. Nassar betonte, dass sehr wohl zivile und bürgerliche Rechte eingefordert werden müssten, aber nicht nur als Staatsbürger_innen, sondern gerade aus dem Grund, dass die Palästinenser_innen in Israel eine indigene Bevölkerung seien.



In der **Fragerunde** wurden zunächst nochmal die Umstände der Vertreibungen von 1948 diskutiert. Hazar Hijazi betonte, dass die Palästinenser_innen mit Gewalt gezwungen wurden, ihr Land zu verlassen. Generell hätte die israelische Armee dabei die Dörfer von drei Seiten umzingelt, sodass den Menschen nur ein Weg zur Flucht blieb. Einige Dörfer jedoch, wie etwa Tantura, wären von allen Seiten eingeschlossen wurden, sodass es keine

Möglichkeit des Entkommens gegeben hätte. Tom Pessah ergänzte, dass die israelische Armee zunächst oft die Dörfer noch bombardiert hätte, sodass die Menschen oft schon dann begannen zu fliehen. Er hob auch hervor, dass die Fälle, in denen die Menschen nicht aus ihren Dörfern vertrieben wurden, Ausnahmen waren. So etwa, weil ein bestimmtes Dorf besondere Bedeutung im Christentum habe, wie etwa Nazareth, und Israel daher vor der internationalen Reaktion auf eine Zerstörung zurückschreckte. Die Regel sei aber immer gewesen, dass die Menschen gezielt vertrieben worden wären.

Dann ging es vor allem um die Aussichten auf eine Lösung des Konfliktes. Auf die Frage, ob überhaupt noch ein friedliches Zusammenleben vorstellbar sei, antworteten alle, dass dies durchaus möglich sei. Allerdings, hoben Hijazi und Nassar hervor, nicht unter den aktuellen ungleichen Machtverhältnissen. Außerdem gäbe es natürlich unterschiedliche Vorstellungen unter Palästinenser_innen, sagte Nidaa' Nassar. Die Zwei-Staaten Lösung etwa wäre eine gänzlich andere Herangehensweise. Viele Palästinenser_innen seien zudem viel mehr mit alltäglichen Tätigkeiten beschäftigt, weniger mit politischen. Sie seien einfach an einem friedlichen, gleichberechtigten Zusammenleben interessiert. Sie schilderte auch noch ein Projekt ihrer Organisation, bei dem palästinensische Jugendliche das Recht auf Rückkehr visuell darstellen sollten. Sie sei dabei überrascht gewesen, dass die Jugendlichen sich nicht etwa ein segregiertes Dorf vorstellten, sondern ein friedliches Zusammenleben Seite an Seite mit Jüdinnen und Juden.

Hazar Hijazi ergänzte, dass es ihr darum gehe, den Status als Opfer von Kolonialismus abzustreifen und wieder als Menschen existieren zu können. Es gehe darum, das psychologische Trauma der Nakba, das auch die nachfolgenden Generationen noch verfolgt, wahrzunehmen und zu überwinden. Tom Pessah berichtete, dass er immer wieder überrascht sei, auf wie wenig Hass er manchmal bei den Menschen stoße, trotz der oben geschilderten Umstände. Natürlich gäbe es auch Wut und Hass, aber die politische Aufgabe sei schlicht, diejenigen zu unterstützen, die dies beides überwinden wollten. Er brachte das Beispiel von immer mehr jüdischen Israel_innen, die nach Berlin migrieren würden. Damit wolle er drauf hinweisen, dass hier offenbar selbst nach dem Holocaust wie-

der ein solches Zusammenleben möglich sei. Nidaa' Nassar ergänzte abschließend, dass aktuell die Politik rund um die Nakba manchmal zu sehr auf die Geschichte fokussiert sei. So wichtig diese auch sei, sei es jetzt an der Zeit, die Zukunft in den Blick zu nehmen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.



Zu den Personen

Hazar Hijazi wurde in Akko (Acre) geboren. Sie ist eine feministische Aktivistin und Mitbegründerin der palästinensischen Initiative „Falastinyyat“. Falastinyyat (dt. „Palästinenserinnen“) versteht sich als eine feministische Bewegung, die Anfang 2013 gegründet wurde, um Palästinenser_innen bei der Bewältigung kultureller und psychologischer Folgen der israelischen Kolonisierung zu unterstützen. Die Grundidee dabei ist, dass Befreiung von Kolonisierung mit einem Prozess von innerer Befreiung beginnen müsse. Um das zu erreichen, nutzt Hazar Hijazi therapeutische Ansätze aus der Kunst- sowie Bibliothherapie. Hazar Hijazi hat einen MA-Abschluss in Expressiver Kunsttherapie und hat sich auf Bibliothherapie von Kindern und Jugendlichen mit speziellen Bedürfnissen spezialisiert.

Nidaa' Nassar ist die Direktorin von „Baladna – Arab Youth Association“ mit Sitz in Haifa. Sie arbeitete bislang in verschiedenen palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter: „Al-Manarah - Association for Persons with Disabilities in the Arab Community“, „Women Against Violence“ (WAV), „Assiwar - The Feminist Arab Movement“ und „Elhawakeer – Association for Society, Agriculture and Environment Development“ (Nazareth). Darüber hinaus war Nidaa' Nassar in verschiedenen Forschungsprojekten am Mada al-Carmel Arab Center for Applied Social Research tätig und publizierte dabei unter anderem Leitfäden für die Arbeit mit Jugendlichen. Sie ist des Weiteren eine zentrale Person in verschiedenen Initiativen und Bewegungen, unter anderem in der Bewegung gegen den Prager-Begin Plan, dem „Committee against Civil Service“ (für palästinensische Bürger_innen Israels) und dem „Committee against Murder of Women“. Daneben ist sie noch Vorstandsmitglied von „Balad“, dem „Nationalen Demokratischen Bündnis“. Nidaa Nassar hat einen BA-Abschluss in Social Work und einen MA-Abschluss in Conflict Research der Hebrew University in Jerusalem.

Tom Pessah ist ein israelischer Soziologe und Aktivist, geboren und aufgewachsen in Tel Aviv. 2014 promovierte er an der University of California, Berkeley. Das Thema seiner Dissertation war die Darstellung ethnischer Säuberungen in Siedlerkolonialgesellschaften. Pessah ist Vorstandsmitglied von „Zochrot“ („Erinnerung“ auf Hebräisch), einer israelischen NGO, die im Jahr 2002 gegründet wurde. Zochrot sieht die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge als unerlässliche Form der Entschädigung, die aus der Nakba folgt, und als Chance für ein besseres Leben für alle Bewohner_innen des Landes. Pessah hat viele Artikel in Hebräisch und in Englisch geschrieben, um das Bewusstsein für diese Ideen bei der jüdisch-israelischen Öffentlichkeit zu stärken.

Helmut Krieger ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien sowie Konsulent des VIDC. Seine Forschungsschwerpunkte sind: der israelisch-palästinensische Konflikt, Bewegungen des politischen Islam in der arabischen Welt, kritische Staatstheorien und postkoloniale Theoriebildung. Aktuelle Veröffentlichungen sind unter anderem als Herausgeber „Food Sovereignty and Alternative Development in Palestine“ (2018) sowie „Krise, Revolte und Krieg in der arabischen Welt“ (2017, gemeinsam mit Magda Seewald und dem VIDC), sowie die Aufsätze „Syrien – Aufstand, Krieg und Flucht“ (2016) und „Das Ende der Hoffnung: Revolten in der arabischen Welt als diskontinuierlicher Prozess“ (2015). Des Weiteren ist er der österreichische Projektleiter des APPEAR-Projekts „Rooting Deve-

lopment in the Palestinian Context“, einer Hochschulkooperation zwischen der Universität Wien, der Birzeit University in der West Bank und der Al-Azhar University im Gazastreifen.

Magda Seewald ist seit 2005 Projektreferentin am VIDC mit einem regionalen Fokus auf die arabische Region, insbesondere Palästina. Zudem betreut sie die VIDC-Reihe zu den Umbrüchen in der arabischen Welt. Als eine der Genderreferentinnen am VIDC betreut sie zum einen den Bereich Gendersensibilisierung von Männern sowie das Mentoringprojekt für geflüchtete Frauen „Willkommen Freundin“. Magda Seewald ist eine der Mitbegründer_innen des Netzwerks „REloading Feminismus“. Ihre letzte Veröffentlichung als Mitherausgeberin ist der Sammelband „Krise, Revolte und Krieg in der arabischen Welt“ (2017).